

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

PROTOKOLL

der 19. Sitzung

Datum: 3. Dezember 2012
Zeit: 18.00 – 22.30 Uhr, 30 Minuten Pause
Ort: Singsaal Lättenwiesen
Vorsitz: Präsident Simon Bleiker
Protokoll: Ratssekretär Willi Bleiker
Anwesend: 35 Mitglieder
Entschuldigt: Hacı Pekerman (beruflich)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 18. Sitzung vom 5. November 2012
3. Entschädigungsverordnung (EVO) - Teilrevision per Mitte Amtsperiode 2010/2014
4. Schulzahnklinik Opfikon - Gemeindebeitrag Neuregelung, Praxiswechsel
5. Sozialabteilung, Erhöhung Stellendach Verwaltung Alterszentrum Gibe-
leich und Stellendach Sozialabteilung
6. Präsidialabteilung / Informatik - Stellenantrag an Gemeinderat
7. Projekt Parkplatzbewirtschaftungskonzept - Bewilligung des Kredites -
Antrag aufgrund der Rückweisung vom 1. Oktober 2012
8. Bau eines Kreisels "Glatthofkreuzung" - Genehmigung Bauabrechnung
9. Erweiterung Schulanlage Halden, Durchführung Studienauftrag, Kredit-
bewilligung CHF 560'000
10. Genehmigung Voranschlag 2013 und Festsetzung des erforderlichen
Steuersatzes

1. Mitteilungen

1.1 Begrüssung neues Gemeinderatsmitglied**B5.1.3**

Ratspräsident Simon Bleiker begrüsst das neue Gemeinderatsmitglied Sven Gretler (SP), welcher den Sitz von Amr Abdel Aziz (SP) einnimmt. Simon Bleiker wünscht für die Zukunft eine spannende, erfahrungsreiche Zeit als Mitglied des Gemeinderates Opfikon.

1.2 Kleine Anfrage Heinz Ehrensberger (SP) "Fehlende Veloverbindungen entlang der Thurgauerstrasse"**V2.10**

Der Ratspräsident informiert über den Eingang der Kleinen Anfrage von Heinz Ehrensberger betreffend der fehlenden Veloverbindungen entlang der Thurgauerstrasse.

Die Kleine Anfrage ist durch den Stadtrat innert zweier Monate nach Bekanntgabe im Rat zu beantworten. Eine mündliche Behandlung der Antwort im Rat ist ausgeschlossen.

1.3 Eingegangene Post**B5.1.1**

Der Ratsvorsitzende Simon Bleiker verliest die eingegangene Post, die in der Aktenaufgabe einsehbar war:

- Kleine Anfrage Björn Blaser (FDP), Gesuch um Fristverlängerung
- SRB 2012-295 - Verabschiedung des Jugendleitbildes und deren Massnahmen 2012
- SRB 2012-297 - Stadtfest 2013 - Erhöhung der Defizitgarantie
- Schreiben Stadtrat: Städtische Liegenschaften/Schulanlagen SRB 279 vom 2. Oktober 2012
- SRB 2012- 319 Anpassung des Inkraftsetzungstermins der Parkierungsverordnung und Parkgebührenverordnung

2. Protokoll der 18. Sitzung vom 5. November 2012

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

**3. Entschädigungsverordnung (EVO)
Teilrevision per Mitte Amtsperiode 2010/2014**

B5.3

Paul Christ, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission erläutert das Geschäft Entschädigungsverordnung. Gemäss Art. 5 der EVO kann eine teuerungsbedingte Anpassung der in Art. 2 und 4 festgelegten Ansätze auf Mitte der laufenden Amtsperiode vorgenommen werden. Als Grundlage für die Festsetzung der Ansätze werden jeweils die vom Regierungsrat beschlossenen Teuerungszulagen herangezogen. Die zwischenzeitlich aufgelaufenen Teuerungszulagen (2009 bis 2012) betragen insgesamt 2.50 %. Neben den teuerungsbedingten Anpassungen werden redaktionelle Änderungen vorgenommen und der Passus zur aufgelösten Vormundschaftsbehörde (Art. 2, Ziffer 7) aufgehoben. Eine Anhebung der Ansätze auf das Niveau der zwischenzeitlich aufgelaufenen Teuerung erscheint aus Sicht der GPK vertretbar und gerechtfertigt.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mehrheitlich mit 5:2 Stimmen, die teilrevidierte Verordnung über die Entschädigungen der Behörden, Kommissionen und Funktionäre (Entschädigungsverordnung/EVO) vom 6. März 2006 zu genehmigen und auf den 1. Januar 2013 in Kraft zu setzen.

Tan Birlesik (SVP) erläutert die Position der GPK-Minderheit. Die Streichung der Vormundschaftsbehörde ist korrekt. Der Teuerungsausgleich wird aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt. Mit Blick auf die akut schlechte Finanzlage ist eine Anpassung nicht sinnvoll. Dies haben auch andere Städte (St. Gallen, Bülach) so entschieden. Der Gürtel soll enger geschnallt werden. Es wird beantragt, den Teuerungsausgleich dieses Jahr abzulehnen, die Vormundschaftsbehörde aber wie vorgesehen zu streichen.

Alex Rüegg (CVP) stimmt dem GPK-Antrag zu, da es sich nicht um eine Realloohnerhöhung handelt, sondern eine Teuerungsbereinigung. Damit soll auch Gewähr geboten werden, dass auch bei der Entschädigungsverordnung Gesetze und Verordnungen eingehalten werden. Er bittet um Zustimmung.

Heinz Ehrensberger (SP) äussert gewisse Sympathien für den Antrag von Tan Birlesik. Aber aus den von Alex Rüegg erwähnten Gründen wie Verordnungstreue und Teuerungsausgleich und mit Blick auf die Entschädigung für den freiwilligen Einsatz von Behörden- und Kommissionsmitgliedern lehnt er den Antrag von Tan Birlesik ab. In der heutigen Zeit, in der die Rekrutierung von Behördenmitgliedern nicht einfacher geworden ist, ist eine Honorierung umso wertvoller. Er bittet um Zustimmung für den GPK-Antrag.

Simon Bleiker erklärt das Vorgehen bei der Abstimmung: Zuerst wird über den Gegenantrag abgestimmt. Falls dieser abgelehnt wird, wird über den Hauptantrag abgestimmt.

Der Gegenantrag wird mit 22:13 Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag der GPK wird mit 22:13 Stimmen zugestimmt.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

3. Entschädigungsverordnung (EVO)
Teilrevision per Mitte Amtsperiode 2010/2014

B5.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 4. September 2012, den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 4. November 2012, der Diskussion im Rat und auf Art. 34, Ziffer 2 d) der Gemeindeordnung -

B E S C H L I E S S T :

1. Die teilrevidierte Verordnung über die Entschädigungen der Behörden, Kommissionen und Funktionäre (Entschädigungsverordnung/EVO) vom 6. März 2006 wird genehmigt und auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Die in Art. 2 und 4 der EVO genannten Behörden, Kommissionen und Funktionäre
 - Verwaltungsdirektor
 - Verwaltungsdirektor-Stv.
 - Abteilungsleitende
 - Finanzabteilung

**4. Schulzahnklinik Opfikon - Gemeindebeitrag
Neuregelung, Praxiswechsel**

S1.6.1 / S1.6.2

Doris Schläpfer, Sprecherin der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Gemeindebeiträge Schulzahnklinik. Die Verordnung über die Schul- und Volkszahnpflege sieht vor, dass die Gemeinden Bezüglern der individuellen Krankenkassen-Prämienverbilligung Beiträge an die Zahnbehandlungskosten leisten. Diese Beiträge wurden in Opfikon letztmals 1994 durch den Gemeinderat festgelegt. In Opfikon wird ein genereller Rabatt von 20% an alle Behandlungen in der Schulzahnklinik gewährt.

Der heutige, einheitliche Gemeindebeitrag von 20% soll nun aufgehoben werden. Per 1. Januar 2013 wird neu nur noch Beitragsbezüglern zur IPV ein Beitrag von 20% gewährt. Dabei wird von der Praxis der Bring- zu einer Hol-schuld gewechselt. Mit dieser neuen Regelung kann mit Mehrerträgen gegenüber dem Abschluss von 2011 von etwa CHF 75'000 gerechnet werden.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Die GPK erachtet den Antrag zur Beitragsänderung der Zeit angepasst. Zudem sind die angewendeten SUVA-Tarife vergleichsweise tief. Ausserdem ist die neue Regelung sozialer, da sie die Einwohner berücksichtigt, die die Kostenermässigung auch wirklich nötig haben. Die Änderung von der Bring- zu einer Holschuld ist durchaus gerechtfertigt.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 7:0 Stimmen den Antrag des Stadtrates vom 4. Sept. 2012 zu genehmigen:

1. Der heutige einheitliche Gemeindebeitrag von 20% wird per 31. Dez.2012 aufgehoben.
2. Per 1. Januar 2013 wird nur noch Beitragsbezüger zur Verbilligung der Krankenkassenprämie ein Gemeindebeitrag von 20% gewährt. Dabei wird von der Praxis der Bring- zu einer Holschuld gewechselt.

Schulpräsident Hans Zolliker bedankt sich für die Zustimmung zur Sanierung der Schulzahnklinik an der letzten Sitzung und zum heutigen zustimmenden Antrag der GPK zur Änderung des Gemeindebeitrags. Damit wird eine zeitgemässe Beitragsregelung eingeführt und vom Giesskannenprinzip abgerückt. Gleichzeitig kann die Schulzahnklinik ökonomischer betrieben werden. Die Schulzahnklinik wird auch künftig aufgrund der tiefen Tarife und der guten Erreichbarkeit für Kinder attraktiv bleiben.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

- | | |
|--|-----------------|
| 4. Schulzahnklinik Opfikon - Gemeindebeitrag
Neuregelung, Praxiswechsel | S1.6.1 / S1.6.2 |
|--|-----------------|
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf Art. 35 der Gemeindeordnung (GO), die Anträge der Schulpflege vom 23. August 2012, des Stadtrates vom 4. September 2012, der Geschäftsprüfungskommission vom 28. Oktober 2012 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Der heutige einheitliche Gemeindebeitrag von 20% wird per 31. Dezember 2012 aufgehoben.
2. Per 1. Januar 2013 wird nur noch Beitragsbezüger zur Verbilligung der Krankenkassenprämie ein Gemeindebeitrag von 20% gewährt. Dabei wird von der Praxis der Bring- zu einer Holschuld gewechselt.

3. Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Stadtrat
- Schulpflege
- Schulpräsident
- Finanzverwaltung
- Schulverwaltung
- Leiterin Schulzahnklinik
- Stadtkanzlei

5. Sozialabteilung, Erhöhung Stellendach Verwaltung Alterszentrum Gibeleich und Stellendach Sozialabteilung**P1.9.4**

Jeyan-Sibel Günaçan, Sprecherin der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft der Erhöhung des Stellendachs von Sozialabteilung und Alterszentrum. Durch den Mehraufwand in der Administration/Verwaltung des Alterszentrum Gibeleich besteht Bedarf an einer Erhöhung des Stellendachs um 0,5 Vollzeitstellen. In der Sozialabteilung besteht ein zusätzlicher Bedarf von 4,6 Vollzeitstellen, die unmittelbar besetzt werden müssen, da die Sozialabteilung durch die Zunahme der Fallzahlen, die dadurch generierte Mehrbelastung, die Zunahme der Fallkomplexität und die erhöhten Anforderungen von Behörden und Aufsichtsinstanzen überlastet ist. Dies führt dazu, dass andere Aufgabenfelder vernachlässigt werden müssen.

Die GPK hat keine Einwände bei der Erhöhung des Stellendachs der Verwaltung des Alterszentrums Gibeleich, da die Abläufe im Sekretariat durch die Erhöhung von 0,5 Stellen, effektiver werden. Durch Mangel an Arbeitskräften kann der gesetzliche Auftrag in der Sozialabteilung nicht mehr wahrgenommen werden. Dies erscheint der GPK alarmierend und höchst beunruhigend. Künftige Stellengenehmigungen sollen nicht mehr solange hinausgezögert werden.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 6:0 Stimmen, dem Antrag des Stadtrates vom 21. August 2012 über das Stellendach der Verwaltung Alterszentrum Gibeleich von 0,5 auf total 3,5 Vollzeitstellen zu genehmigen. Ebenso beantragt die GPK dem Gemeinderat mit 6:0 Stimmen die Erhöhung des Stellendachs in der Sozialabteilung Opfikon (ohne Alterszentrum Gibeleich) um 4,6 auf 19,1 Vollzeitstellen, zu bewilligen.

Stadträtin Beatrix Jud bedankt sich bei der GPK für die professionelle Zusammenarbeit. Sie erhofft sich eine Erleichterung der Arbeit und sichert einen gezielten Einsatz der neuen Kräfte zu.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

5. Sozialabteilung, Erhöhung Stellendach Verwaltung Alterszentrum Gibeleich und Stellendach Sozialabteilung P1.9.4
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 21. August 2012, den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 13. November 2012 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Das Stellendach der Verwaltung Alterszentrum Gibeleich wird um 0,5 Stellen auf total 3,5 Vollzeitstellen erhöht.
2. Das Stellendach der Sozialabteilung Opfikon (ohne Alterszentrum Gibeleich) wird um 4,6 auf 19,1 Vollzeitstellen erhöht.
3. Das Stellendach darf erst nach Zustimmung durch den Stadtrat ausgeschöpft werden.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Sozialvorsteherin
 - Verwaltungsdirektor
 - Verwaltungsdirektor-Stv.
 - Leiter Sozialabteilung
 - Finanzverwaltung
 - Stadtkanzlei

6. Präsidialabteilung/Informatik - Stellenantrag an Gemeinderat P1.9.4

Anand Anwander, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Stellenantrag Informatik. Die stetig wachsenden Aufgaben in der Stadtverwaltung haben dazu geführt, dass der jetzige Personalbestand der Informatikabteilung nicht mehr ausreicht. Für strategische Überlegungen und Konzepte, die technische Mitbetreuung von Projekten, die Umsetzung der vom Kanton verlangten Informatiksicherheitsmassnahmen, die Einbindung der Telefonie in die Informatik sowie die Umsetzung weiterer Projekte blieb bis jetzt keine Zeit. Dies hat dazu geführt, dass der heutige Stand von Soft- und Hardware teilweise nicht mehr zeitgemäss ist und Aufholbedarf besteht.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Es ist der GPK ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass Stellen rechtzeitig beantragt werden. Dadurch soll verhindert werden, dass ein Engpass entsteht und dann beispielsweise externe Leistungen teuer eingekauft werden müssen. Nach eingehender Prüfung dieses Geschäfts ist die GPK zum Schluss gekommen, dass vorerst lediglich der Erhöhung um eine Stelle auf insgesamt drei Stellen zugestimmt werden kann. Die GPK ist jedoch bereit, zu einem späteren Zeitpunkt einer Erhöhung auf insgesamt vier Stellen zuzustimmen, sobald die derzeit laufende Informatikanalyse abgeschlossen ist und die zu erarbeitende Informatik-Strategie die Notwendigkeit einer vierten Stelle aufzeigt.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig mit 6:0 Stimmen, dem Antrag P1.9.4 des Stadtrates vom 2. Mai 2012 über die Erhöhung der Stellen in der Informatikabteilung von zwei auf vier Stellen nicht zuzustimmen. Hingegen beantragt die GPK dem Gemeinderat einstimmig mit 6:0 Stimmen, gemäss den Erwägungen der GPK der Erhöhung der Stellen in der Informatikabteilung von zwei auf drei Stellen zuzustimmen.

Der Stadtpräsident dankt der GPK für die konstruktive Gesprächsführung. In erster Linie steht die bereits provisorisch bewilligte Stelle zur Diskussion. Die weitere Stelle für Projekte steht im Zusammenhang mit der Informatikstrategie. Wichtig ist, dass diese Stelle zu einem späteren Zeitpunkt wieder vorgebracht werden kann.

Dem Antrag der GPK wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

6. Präsidialabteilung / Informatik - Stellenantrag an Gemeinderat P1.9.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf Art. 36, Ziff. 5, sowie aufgrund des Antrags des Stadtrates vom 2. Mai 2012, des Antrags der Geschäftsprüfungskommission vom 13. November 2012 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Von den vom Stadtrat mit Beschluss-Nr. 2012-120 vom 2. Mai 2012 beantragten zwei zusätzlichen 100%-Stellen für die Präsidialabteilung (Informatik) wird eine Stelle bewilligt und damit ein Stellendach von insgesamt 3 Stellen geschaffen.

2. Mitteilung an:

- Stadtrat
- Präsidualabteilung
- Lohnbuchhaltung

**7. Projekt Parkplatzbewirtschaftungskonzept - Bewilligung des Kredits
Antrag aufgrund der Rückweisung vom 1. Oktober 2012 P2.9.3**

Benjamin Baumgartner, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Kredit Parkplatzbewirtschaftungskonzept. An der Gemeinderats-sitzung vom 1. Oktober 2012 wurde der beantragte Kredit für die Umsetzung des Konzepts mit Verweis auf eine nicht genügende Kommunikation mit der Bevölkerung, vom Gemeinderat zurückgewiesen. Im Finanzplan wurde ein Betrag von CHF 612'000 in der Investitionsrechnung, Konto-Nr. 345.5010.100, eingestellt. Aufgrund der Projektentwicklung ist jedoch effektiv von einem Gesamtbetrag von CHF 520'000 auszugehen. Aufgrund der, durch die Rückweisung eingetretene Verzögerung, muss nun bis zum Inkrafttreten des Beschlusses mit monatlichen Ertragsverlusten von ca. CHF 30'000 gerechnet werden.

Die Geschäftsprüfungskommission ist nach erneuter Prüfung und unter Berücksichtigung der Anliegen des Gemeinderates der Meinung, dass die geforderten Massnahmen nun erfüllt werden. Nach erneuter Kontaktaufnahme mit der Kantonspolizei Zürich ist es möglich, das Konzept auch ohne eingezeichnete Parkfelder umzusetzen. Lediglich an exponierten Stellen, an welchen bereits weisse Felder bestanden, müssen teilweise Parkfelder eingezeichnet werden.

Bei den Parkgebühren für Gewerbetreibende kann sich der Stadtrat nach erneuter Diskussion trotz Bedenken eine Reduktion der Gebühren um ca. CHF 50 für die Jahreskarte vorstellen. Der Stadtrat hat nun aktuell sogar eine höhere Reduktion um CHF 100 beschlossen. Dies scheint der GPK aufgrund dessen, dass die Parkierungsverordnung ohne Rückweisung vom Gemeinderat am 2. April 2012 verabschiedet wurde und auch nach öffentlicher Ausschreibung keine Einwände zu dieser und der Gebührenordnung eingingen, legitim. Dem Antrag zur Erhöhung der Stellen in den Einwohnerdiensten um 25% kann die GPK immer noch nicht zustimmen, da keine neuen Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat einstimmig mit 7:0 Stimmen, dem Kredit im Antrag des Stadtrats P2.9.3 zur Umsetzung des neuen Parkplatzkonzepts nun zuzustimmen.

Hingegen beantragt die Geschäftsprüfungskommission dem Gemeinderat einstimmig mit 7:0 Stimmen, der Erhöhung der Stellen in den Einwohnerdiensten um 25% im Sinne der Erwägungen nicht zuzustimmen

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Stadtrat Anton Steiner weist auf die durch die Rückweisung ausgelösten Überarbeitungen hin. So wird in der Zone 6.2 trotz Bedenken des Stadtrates und Widerstand der Kantonspolizei auf die Markierung verzichtet. Diesem Vorgehen hat die Kantonspolizei nun zugestimmt. Der Kredit wurde von CHF 520'000 auf CHF 450'000 angepasst. Dies war vor allem möglich aufgrund präziserer Offerten, dem Verzicht auf Installation einiger Parkuhren, der Montage von Schildern an bestehenden Kandelabern, dem teilweisen Übermalen statt neuem Anbringen von Markierungen, dem Verzicht auf eine Eingangspforte beim Parkplatz Oberhauserstrasse und dem Verzicht der Markierung in Zone 6.2.

Die Gebührenverordnung wurde bereits am 10. Januar 2012 im Stadtrat verabschiedet und dann öffentlich ausgeschrieben. Es kam weder in der GPK noch beim Volk zu irgendwelchen Beschwerden. Auch zwei Anfragen an den Gewerbeverein ergaben keinen Bedarf nach Informationen. Eine erste Reaktion auf die Gebühren beim einheimischen Gewerbe erfolgte erst an der Gemeinderats-Sitzung vom 1. Oktober 2012. Trotz Bedenken und um weitere Verluste (CHF 30'000/Monat) zu vermeiden, ist der Stadtrat bereit, eine Reduktion der Gewerbegebühren um CHF 100 auf neu CHF 450 vorzunehmen. Ausserdem sollen die Gewerbekarten eine alternative Gültigkeit für maximal vier Fahrzeuge beinhalten. Eine weitere Verzögerung der Umsetzung des Parkplatzbewirtschaftungskonzepts wird als wenig verantwortungsvoll erachtet und soll vermieden werden. Im günstigsten Fall wird mit der Umsetzung des Konzeptes Anfangs April 2013 gerechnet. Die bisherige Verordnung bleibt gültig, bis die neue Verordnung in Kraft gesetzt ist.

Anton Steiner weist nochmals auf die Bedenken des Stadtrats hin. So war der politische Prozess zu den Verordnungen abgeschlossen. Noch vor der Umsetzung wird aber die Gebührenordnung bereits wieder geändert, obwohl ein faires Tarifgefüge verabschiedet worden ist. Der Stadtrat hätte gerne Erfahrungen mit der Ertragssituation gemacht, bevor allfällige Tarif-Anpassungen getätigt worden wären. Zum erhobenen Vorwurf der fehlenden Kommunikation mit der Bevölkerung wird auf die gut besuchte Veranstaltung vom 12. Juli 2012 und die Behandlung von 15 schriftlichen und 17 mündlichen Begehren verwiesen. Unter Berücksichtigung der Rechtsgrundlagen konnten bis auf 4 Anfragen sämtliche Anliegen berücksichtigt werden.

An der Erhöhung des Stellenetats bei den Bevölkerungsdiensten um 25% hält der Stadtrat fest. Anton Steiner bittet den Rat, dem Kredit und den Stellenprozenten zuzustimmen.

Franziska Driessen (CVP) bedankt sich vor allem bei Abteilungsleiter Felix Caduff für die schnelle Reaktion.

Peter Bühler (FDP) weist auf die Kostensituation des Gewerbes hin und bedankt sich für die Gebührenanpassung.

Ratspräsident Simon Bleiker bringt den Kredit und den Stellenantrag nacheinander zur Abstimmung.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Dem Kredit wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.**Der Stellenantrag wird mit 30:5 Stimmen abgelehnt.**

7. Projekt Parkplatzbewirtschaftungskonzept - Bewilligung des Kredits
Antrag aufgrund der Rückweisung vom 1. Oktober 2012 P2.9.3
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf § 108 Abs. 3 des Gemeindegesetzes und Art. 35, Ziff. 4 und Art. 36, Abs. 5 der Gemeindeordnung sowie aufgrund des Antrages des Stadtrates vom 5. Oktober 2012, des Antrags des Geschäftsprüfungskommission vom 8. November 2012 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Der Kredit von CHF 450'000 inkl. 8% MWST für die Umsetzung des flächendeckenden Parkplatzkonzeptes wird genehmigt.
2. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Abteilungsleitende

**8. Bau eines Kreisels "Glatthofkreuzung" -
Genehmigung Bauabrechnung****S4.3**

Stefan Fehr, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, äussert sich positiv zur Gestaltung des Kreisels. Er erläutert die Bauabrechnung des Kreisels Glatthofkreuzung. Die Baukosten belaufen sich auf CHF 985'588.25. Der Bruttokredit wurde um CHF 85'588.25 oder 9.5 % überschritten. Dies resultiert teilweise daraus, dass die Stahlkonstruktion zur Verbesserung des Blendeschutzes erhöht werden musste. Die RPK hat die Abrechnung geprüft und für in Ordnung befunden.

Die RPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig mit 5:0 die Bauabrechnung über den Bau eines Strassenkreisels "Glatthofkreuzung" mit Nettobaukosten von CHF985'588.25 zu genehmigen.

Stadtrat Bruno Maurer ist der Meinung, dass sich der Bau des Kreisels sehr gelohnt hat. Auch verkehrsmässig funktioniert die Anlage sehr gut.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Die Innengestaltung ist teurer ausgefallen, als geplant. Zur Wahl stand mitten in der Umsetzung eine Neuplanung, oder das Akzeptieren von Mehrkosten aufgrund der Auflagen des Kantons. Der Stadtrat hat sich für die Umsetzung entschieden. Die Gestaltung hat bereits einiges an Diskussionen ausgelöst. Ziel ist eine unterschiedliche Bespielung des Innenraums mit verschiedenen Elementen (Weihnachtsbaum, Flaggen).

Roman Schmid (SVP) weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion zähneknirschend zustimmen wird. Über die Gestaltung lässt sich streiten. Die Überschreitung des Kredits um 9.5% ist allerdings unschön. Die Auflagen sollten eigentlich bekannt gewesen sein. Es stellt sich die Frage, wer falsch gemessen hat und für den Schaden aufkommt.

Stadtrat Bruno Maurer weist darauf hin, dass es sich um eine neue Auflage handelt.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

8. Bau eines Kreisels "Glatthofkreuzung" -
Genehmigung Bauabrechnung

S4.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 12. Juni 2012, den Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 7. November 2012 und der Diskussion im Rat, sowie in Anwendung von Art. 35 Ziffer 2 der Gemeindeordnung

B E S C H L I E S S T:

1. Die Bauabrechnung für den Bau des Strassenkreisels "Glatthof" im Betrage von CHF 985'588.25 inkl. MWST wird genehmigt.
2. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Bauvorstand
 - Finanzabteilung
 - Bauamt

9. Erweiterung Schulanlage Halden, Durchführung Studienauftrag, Kreditbewilligung CHF 560'000**L2.2.6**

Marc-André Senti, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Kredit Studienauftrag Erweiterung Schulanlage Halden. Mittels der jährlich nachgeführten Schulraumbedarfsplanung zeigte sich schon vor einigen Jahren, dass die bestehenden Raumreserven der Schule Opfikon auf allen Stufen nicht ausreichend sind. Bis zum Jahr 2018/19 ist mit rund 30 - 50 % mehr Kindergärtnern, 45 - 50 % mehr Primarschülern und 20 - 35% mehr Oberstufenschülern zu rechnen. Nach dem Schuljahr 2013/14 sind auf allen Stufen zusätzliche Räumlichkeiten notwendig. Bei den Kindergartenabteilungen beträgt der Bedarf fünf bis neun zusätzliche Einheiten, bei der Primarschule entsteht ein Defizit von 12 - 15 Regelklassenzimmern und bei der Oberstufe fehlen drei bis fünf Regelklassenzimmer sowie 14 - 16 Gruppenräume.

Der Erweiterungsneubau Schulanlage Halden wird auf der Basis von 11 Klassenzimmern mit direkt angeschlossenen Gruppenräumen vorgedacht. Zudem sind weitere Spezialräume vorgesehen. Es bedarf einer neuen Einfachturnhalle, die möglicherweise im Rahmen der Realisierung einer Mehrzweckhalle bereitgestellt werden kann.

Mit einer Machbarkeitsstudie wurden die nötigen Vorabklärungen für einen Erweiterungsbauprojekt für die Schulanlage Halden gemacht. Dabei sind auch die Auflagen der Kantonalen Denkmalpflege zu beachten, was die Standortwahl auf den südwestlichen Grundstückteil beschränkt, wo sich auch die unterirdische Baute des Ortskommandopostens (OKP) befindet.

Mit der Durchführung eines zweistufigen Studienauftrages (Ideen- und Projektstufe) hat die Stadt Opfikon eine grosse Einflussnahme auf die Projektierung und Planung des Bauprojektes. Für die Planungsarbeiten, inkl. Durchführung des Studienauftrages ist ein Kredit von CHF 560'000 erforderlich. Die Gesamtsanierung der bestehenden Schulanlage Halden, welche im Finanzplan ab 2018 vorgesehen ist, wird parallel zum Studienauftrag bearbeitet. Es ist vorgesehen, dass die Erweiterung mit Neubau und die Gesamtsanierung der bestehenden Schulanlage Halden in einem Kreditantrag zur Urnenabstimmung gebracht werden.

Die RPK hat sich nach intensivem Studium der Unterlagen mehrheitlich für die Durchführung eines Studienauftrages für die Erweiterung der Schulanlage Halden ausgesprochen. Das Postulat Birlesik vom 23.04.12 (Mehrzweckhalle) soll im Studienauftrag soweit möglich berücksichtigt werden.

Die RPK beantragt (4:1) für die Vorbereitung und die Durchführung eines Studienauftrages für die Erweiterung der Schulanlage Halden mit einem Neubau zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto-Nr. 610.5030.176, einen Kredit von CHF 560'000, inkl. 8 % MWST, zu bewilligen.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Stadtrat Valentin Perego bedankt sich für die Bearbeitung durch die Rechnungsprüfungskommission. Er erläutert die Ziele und das Vorgehen mit Neubauten, Sanierungen und der Kostenermittlung für Gemeinderat und Volksabstimmung. Für einen Neubau steht, wie bereits gesagt, nur ein Baufeld zur Verfügung, das der Denkmalschutz zulässt. Nach der Fertigstellung des neuen Trakts kann die Sanierung der Gesamtanlage begonnen werden, indem jeweils einzelne Trakte gezügelt werden. Ein Problem sind die Turnhallen, die ebenfalls zum Schutzbereich gehören, also nicht abgebrochen werden können. Dies wird intensiv diskutiert werden. Die Turnhalle wird vorerst als Einfachturnhalle ins Projekt einfließen.

Die Prüfung einer Mehrzweckhalle ist auf dem Areal der Schulanlage Halden aus Gründen der Denkmalpflege und der Raumplanung (Wiese ist Erholungszone) kein gangbarer Weg. Zu prüfen ist allerdings ein Standort in der Nähe des Oberstufenschulhauses mit kurzen Wegen. Falls eine Lösung möglich wäre, würde auf eine Einzelturnhalle verzichtet. Eine Mehrzweckhalle wäre nicht dauernd von der Schule belegt, sondern stünde für diverse Nutzungen zur Verfügung. Ein Einbezug einer Mehrzweckhalle in die vorliegende Planung ist aus zeitlichen (Verzögerung), kreditrechtlichen (teurer), politischen (überladen) und planerischen Gründen nicht sinnvoll. Ein mögliches Vorgehen bestünde darin, den Studienauftrag Halden und das Projekt Mehrzweckhalle parallel zu entwickeln. Danach könnte entschieden werden, ob eine neue Einzelturnhalle Halden nicht mehr notwendig ist.

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat den Kreditantrag für den Studienauftrag zu genehmigen.

Schulpräsident Hans Zolliker weist auf die Zusammenarbeit von Liegenschaften und Schulpflege hin. Er betont das grosse Bedürfnis nach Gruppenräumen in der Anlage Halden, das in der Schulraumbedarfsplanung jeweils ausgewiesen wird. Zurzeit laufen zwei Schulhausprojekte, Glattpark, Erweiterung Halden. Beide Projekte sind unerlässlich, um die steigenden Bevölkerungszahlen aufzufangen und die Bedürfnisse abzudecken. Hans Zolliker begrüsst die Feststellung der RPK, die den Bau als dringlich erachtet. Auch dies gilt für beide Projekte. Es ist klar, dass hohe Kosten anfallen. Diese kommen aber als nachhaltiger Beitrag der wichtigen Ressource Bildung zugute.

Marc-André Senti (SP) präzisiert den Hinweis der RPK, dass die Mehrzweckhalle "soweit möglich" geprüft werden soll.

Richard Muffler (SVP) stimmt mit einem flauen Gefühl zu. Einerseits soll das Projekt beschleunigt werden, andererseits ist die Mehrzweckhalle zentral wichtig. Sie ist für die SVP ein sehr wichtiger Bestandteil des Projekts. Er wünscht eine Beschleunigung durch den Verzicht auf grössere Studien und direktere Vergaben. Ihm stösst sauer auf, dass die Firma Planpartner die Studie für den Schulraumbedarf macht und danach trotzdem noch bei der Planung der Schule dabei sein kann.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Tan Birlesik (SVP) bedankt sich, dass der Stadtrat und die RPK das Postulat Mehrzweckhalle Ernst nehmen. Er hofft, dass er informiert wird, sobald mehr bekannt ist.

Stadtrat Valentin Perego kann nichts versprechen, beteuert aber, dass die Mehrzweckhalle sicher ein Thema sein wird. Da eine weitere Einzelturnhalle nicht die optimale Lösung ist, werden andere Lösungen angestrebt. Für einen Neubau ist aber eine neue Turnhalle notwendig. Zurzeit ist sie deshalb in den Projekten auszuweisen. Sie soll aber so geplant werden, dass sie bei besseren Lösungen ohne Probleme wieder gestrichen werden kann. Ein Direktauftrag an ein einzelnes Unternehmen ist nicht professionell. Der Bereich ist sensibel und ein Neubau soll architektonisch gut überlegt und vorbereitet sein. Eine Beschleunigung ist nicht beliebig machbar. Es besteht im Vergleich zum Glattparkschulhaus bereits ein Jahr Verzögerung. Zudem ist aufgrund des Sanierungsteils das Projekt eher komplexer.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

9. Erweiterung Schulanlage Halden, Durchführung Studienauftrag,
Kreditbewilligung CHF 560'000 L2.2.6
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 21. August 2012, den Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 24. Oktober 2012 und der Diskussion im Rat, sowie in Anwendung von Art. 35, Ziff. 4 der Gemeindeordnung
-

B E S C H L I E S S T :

1. Für die Vorbereitung und Durchführung eines Studienauftrages für die Erweiterung der Schulanlage Halden mit einem Neubau wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto-Nr. 610.5030.176, ein Kredit von CHF 560'000, inkl. 8 % MWST, bewilligt.
2. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Mitglieder der OBK Erweiterung Schulanlage Halden
 - Schulpräsident
 - Finanzvorstand
 - Schulverwaltung
 - Finanzabteilung

Der Ratspräsident unterbricht die Sitzung und lädt zu einer Verpflegungspause von 19.30 bis 20.00 Uhr ein.

10. Genehmigung Voranschlag 2013 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes**F4.6.7**

EINTRETENSDEBATTE

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Peter Bühler, erläutert den Voranschlag 2013, der vom Stadtrat am 2. Oktober 2012 verabschiedet und umgehend der RPK zur Verfügung gestellt wurde.

Die RPK hat den Voranschlag 2013 ausführlich geprüft und dem Stadtrat 154 schriftliche Fragen (Vorjahr 131) zur Beantwortung übermittelt. Zusammen mit den Exekutiv-Mitgliedern und den Abteilungsleitenden wurden die Antworten anschliessend diskutiert und ergänzt. Die RPK dankt allen Beteiligten für ihr grosses Engagement und für die erteilten mündlichen und schriftlichen Auskünfte.

Laufende Rechnung

Peter Bühler erläutert die laufende Rechnung, wie dies auch im Antrag der RPK enthalten ist. Der Stadtrat präsentiert bei gleich bleibendem Steuerfuss von 99% für das Jahr 2013 ohne Vornahme zusätzlicher Abschreibungen im Gemeindegut einen Aufwandüberschuss von CHF 2.8 Mio. Gegenüber dem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 2.6 Mio. im Vorjahr bedeutet das eine Resultatverschlechterung von CHF 0.2 Mio. Das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen von CHF 10.0 Mio. kann durch den resultierenden cashflow (3.0 Mio.) bei weitem nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden (Selbstfinanzierungsgrad 30%).

Am 1. Januar 2013 startet die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ihre operative Tätigkeit. Das Budget ist erstmalig in einer eigenen Abteilung abgebildet.

Vergleich mit der Rechnung 2011

Wegen der anhaltenden Investitionstätigkeit ergeben sich höhere ordentliche Abschreibungen. Das Eigenkapital vermindert sich um den Aufwandsüberschuss von CHF 2.8 Mio. auf CHF 57.6 Mio.

Peter Bühler geht auf die Themen Personalaufwand, Gemeindesteuern, Finanzausgleich und selbsttragende Institutionen ein.

Investitionsrechnung**Verwaltungsvermögen**

Peter Bühler hält fest, dass der Stadtrat in der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen für 2013 Nettoinvestitionen von CHF 10.0 Mio. (Vorjahr CHF 13.0 Mio.) budgetiert. Er zählt die wichtigsten Investitionen auf.

Finanzvermögen

In der Investitionsrechnung im Finanzvermögen werden Nettoeinnahmen in der Höhe von CHF 6.2 Mio. für das Jahr 2013 erwartet (Vorjahr Ausgabenüberschuss CHF 1.1 Mio.).

Zusammenfassend stellt die RPK fest, dass

- der Voranschlag 2013 mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 2'798'350 abschliesst.
- im Vergleich zur Rechnung 2011 der Sachaufwand um CHF 2.1 Mio. oder 11% und der Personalaufwand um CHF 4.9 Mio. oder fast 18% ansteigen.
- ein cashflow (= Bruttoüberschuss oder Gewinn vor Abschreibungen) von CHF 3.0 Mio. erwirtschaftet wird.
- der ordentliche Abschreibungsbedarf infolge der noch zu realisierenden grossen Investitionen auf sehr hohem Niveau bleibt.
- die Investitionen im Verwaltungsvermögen mit CHF 10.0 Mio. um CHF 3.0 Mio. unter dem Wert des Voranschlages 2012 liegen. Insgesamt weist der Finanzplan für die Jahre 2012-2016 Investitionen von Total CHF 117.0 Mio. aus.
- das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen bei weitem nicht aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden kann. Der Selbstfinanzierungsgrad (SFG) liegt bei 30% (voraussichtlicher SFG 2012 gemäss Voranschlag 2012 von 21%, korrigiert aufgrund der Hochrechnung 2012 auf 66%).
- der Finanzplan 2012–2016 zeigt ein gegenüber den Prognosen vor einem Jahr unverändertes, aber noch zusätzlich akzentuiertes Bild. Bis 2016 wird eine Netto-Schuld von CHF 82.9 Mio. erwartet. In der Planperiode werden mehrheitlich negative Rechnungsergebnisse (nach Abschreibung) und ungenügende, sogar ins Negative drehende cashflows erwartet. Gleichzeitig führt ein hoher Investitionsbedarf gegen Ende der Planperiode zu einer markanten Erhöhung des Verwaltungsvermögens.
- Lobenswert möchten wir erwähnen, dass Dank einem neuen Vertrag mit der GVZ, die Stützpunkt Feuerwehr Opfikon den doppelten Stützpunktbeitrag erhält.
- der Stadtrat für 2013 den Steuerfuss auf 99% belassen will.
- der Aufwandsüberschuss vermindert das Eigenkapital um CHF 2.8 Mio. auf neu CHF 57.6 Mio.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Die RPK ist der Meinung, dass

- sich die finanzielle Lage der Stadt Opfikon verschlechtert hat.
- der Stadtrat und die Verwaltung bereits in der Ausarbeitung des Voranschlages 2013 grosse Einsparungen getätigt haben.
- wir auf eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung zählen konnten.
- Zum Schluss dankt Peter Bühler im Namen der RPK allen die an der Erstellung und Vorberatung des Voranschlags mitgewirkt haben, insbesondere der Stadträtin und den Stadträten sowie den Abteilungsleitern. Ein spezieller Dank geht an Thomas Mettler, Leiter der Finanzabteilung, der meinen provisorischen Abschied in sehr verdankenswerter Weise in Bezug auf Korrektheit der Zahlen minutiös überprüft hat.

Im Namen der RPK beantragt der Präsident der Rechnungsprüfungskommission auf den Voranschlag 2012 einzutreten.

Stadtrat Valentin Perego bedankt sich ebenfalls für die Zusammenarbeit mit der RPK, auch wenn die Arbeit für beide Seiten anstrengend war. Er beleuchtet die aktuelle Situation des Jahres 2012. Der Voranschlag 2012 fiel relativ schlecht aus. Aufgrund der Hochrechnung und der neuen Steuerzahlen sieht die Situation heute besser aus. Gesamthaft ist ein cashflow von CHF 10 Mio Franken zu erwarten. Er weist darauf hin, dass der Landverkauf Tertianum bereits im Jahre 2012 abgeschlossen werden konnte und der Buchgewinn in diesem Jahr anfällt, nicht wie budgetiert im Jahr 2013. Im Jahre 2012 könnte eine leichte Belastung durch den Steuerausgleich anfallen. Wie bisher wird die Budgetierung durch riesige Sprünge bei den Steuereinnahmen erschwert. Es zeigt sich, dass der Stadtrat nicht zu Unrecht für das Budget 2012 trotz den kommenden Investitionen auf einen Steuerfussantrag verzichtet hat. Die Aussichten sind allerdings künftig nicht rosig. Mit den zunehmenden Einwohnerzahlen wird die Steuerkraft weiter sinken, was entsprechende Auswirkungen auf den Steuerausgleich hat.

Er wendet sich dem Budget 2013 zu. Die Verschuldung ist mit langfristigen Schulden von etwa CHF 51 Mio. noch tragbar. Die laufende Rechnung mit einem cashflow von CHF 3 Mio fällt eindeutig zu knapp aus und ist weit weg vom wünschbaren Betrag von über CHF 10 Mio. Der Voranschlag fällt nicht sehr gut aus, ist aber schwer bewertbar, da wiederum unvorhergesehene Sprünge auftreten könnten. Valentin Perego bittet um Eintreten und positive Aufnahme.

Leo Wehrli (SVP) bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion für die Arbeit. Er erachtet das Budget mit CHF 2.8 Mio Ausgabenüberschuss als bedauerlich. Der Rat nimmt die Möglichkeit, dies zu korrigieren, nicht immer wahr. Es wird sogar mit Gesprächsverweigerung operiert. Der Ausgabenüberschuss ist deshalb keine Überraschung. Er schlägt vor, das Budget mit einer Reduktion um 10 % zu retournieren. Die Ausgaben bei Schule Soziales und Gesundheit steigen immer noch stetig an. Auch bei den Stellen wurde bisher keine Kompensation durchgeführt. Neue Stellen sollen nur bewilligt werden, wenn diese für den Bereich genau abgeklärt sind und alle Optimierungen ausgeführt sind.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Er ist überzeugt, dass ein grosses Optimierungs- und Sparpotenzial vorhanden ist, und dieses nicht genügend ausgeschöpft wird. Eine Konzentration auf das Kerngeschäft und die Beschränkung auf das gesetzlich Notwendige ist auszuführen. Die Aufhebung der Grundstufe und die Freigabe von Räumen sind rasch zu realisieren. Die Investitions- und Verplanungskosten, die sogar neuerdings teilweise als gebunden erklärt werden, sind zu hoch und könnten ohne grosse Einschränkung vermindert werden. Es soll vor allem auf der Aufwandseite Einfluss genommen werden, diese hat sich nach den Einnahmen zu richten. Leo Wehrli ist für Eintreten.

Patrick Rouiller (CVP) beantragt im Namen der CVP Eintreten und stimmt einem Steuerfuss von 99 % zu. Die CVP ist grösstenteils mit den Anträgen der RPK einverstanden. Er anerkennt, dass der Stadtrat sich bemüht, auch in Zusammenarbeit mit der RPK Wunschbedürfnisse wegzulassen und das Sparpotential auszuschöpfen. Damit sind Grenzen erreicht, die - bei Betrachtung der öffentlichen Pflichten - nicht unterschritten werden dürfen. Ein "zu Tode sparen" wird abgelehnt. Es sind Mittel und Instrumente für eine erfolgreiche Arbeit notwendig. Die Finanzperspektiven lassen keinen Spielraum für eine Veränderung des Steuerfusses zu, weder nach oben noch nach unten. Dies auch mit Blick auf den Standortvorteil günstiger Steuern (119 Gemeinden mit höheren, 9 mit gleichen und 42 mit tieferen Steuern). Opfikon soll seine Stärken positiv einsetzen, den Wohn- und Arbeitsort stärken und an den Schwachstellen arbeiten. Konstruktives Miteinander ist angesagt. Er dankt der RPK, dem Stadtrat und der Verwaltung für die Arbeit. Das Zusammenspiel bei der Budgetbearbeitung hat sich markant verbessert. Er bittet, den RPK-Anträgen zuzustimmen und versichert, zusätzliche, fundierte Anträge kritisch aber wohlwollend zu prüfen.

Heinz Ehrensberger (SP) weist darauf hin, dass es die öffentliche Hand trotz widrigem Umfeld bisher geschafft hat, die Einnahmen einigermaßen stabil zu halten und mit den Ausgaben haushälterisch umzugehen. Gemäss Finanzplan sind aber die Jahre mit steigenden Steuererträgen vorbei. Es ist nur noch wenige Jahre mit einem hohen Bevölkerungswachstum zu rechnen. Mehr Einwohner brauchen aber auch mehr Infrastruktur. Die cashflow-Zahlen zeigen, dass die Ausgaben nie und nimmer aus den Steuereinnahmen gedeckt werden können. Konsequenterweise werden Schulden gemacht, was verschiedene Länder vorgemacht haben und nun schmerzlich spüren. Es liegt nun am Rat, über das Vorgehen zu entscheiden. Der Stadtrat hat ein konservatives Budget vorgelegt, bei dem auch die RPK wenig Potenzial für echte Einsparungen gefunden hat. Viele Ausgaben sind nicht beeinflussbar. Bei den Steuereinnahmen der Banken sind die guten Zeiten definitiv Vergangenheit. Aus Sicht der SP-Fraktion ist es deshalb unverantwortlich, ein Defizit von CHF 2.8 Mio. in Kauf zu nehmen. Die SP-Fraktion ist Verfechterin eines stabilen und planbaren Steuerfusses und warnt vor einer zweistelligen Erhöhung in naher Zukunft. Die SP beantragt dem Gemeinderat den Steuerfuss auf der Höhe der Jahre 2009/2010 von 104 % festzulegen. Er bedankt sich für die Arbeit und äussert sich für Eintreten.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Bühler beginnt die Erläuterungen zur Detailberatung mit der Laufenden Rechnung.

Laufende Rechnung

Die RPK hat die Laufende Rechnung gründlich durchforstet, um zusätzliche Einsparungen in der Höhe von knapp 0.47 Steuerprozenten (1 Steuerprozent = CHF 418'182) generieren zu können

Die in gutem Geist geführten Gespräche mit den einzelnen Stadtrats-Mitgliedern haben dafür gesorgt, dass bis auf zwei Streichungen sämtliche Änderungen mit dem Einverständnis des Stadtrates erfolgt sind. Für diese Unterstützung, nach einer bereits vorgängig durchgeführten eigenen Sparrunde, möchte sich die RPK beim Stadtrat bedanken. Das Ergebnis der Änderungen sieht wie folgt aus: 33 Kürzungen im Totalbetrag von CHF 195'250.00.

S.	Kto-Nr. 3180	Objekt	Reduktion	Betrag neu	
14	1020.3180.001	Stadtmarketing	-CHF 5'000	CHF 45'000	SR
15	1510.3180.001	Abstimmungsmaterial einpacken	-CHF 2'000	CHF 23'000	SR
17	1540.3180.004	Neujahrsblätter	-CHF 2'000	CHF 23'000	SR
18	1570.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 1'000	CHF 19'000	SR
20	2020.3180.000	Nachführung des Vermessungswerkes	-CHF 1'000	CHF 34'000	SR
20	2020.3180.003	Nachführung Vermessungsplan	-CHF 1'000	CHF 9'000	SR
20	2020.3180.004	Neudruck Ortsplan	-CHF 1'000	CHF 4'000	SR
20	2020.3180.005	Erhebung Baulinien	-CHF 4'000	CHF 6'000	SR
20	2020.3180.006	GIS, Grundlagen, Betrieb	-CHF 1'000	CHF 28'000	SR
21	2035.3180.002	Unterhalt Biotope d. Dritte	-CHF 1'000	CHF 8'000	SR
22	2050.3180.002	Schneeräumung durch Dritte	-CHF 15'000	CHF 135'000	SR
23	2080.3180.001	Kopien, Verkleinerung, Aufnahmen	-CHF 400.	CHF 600	SR
23	2085.3180.000	Dienstleistungen Gasversorgung	-CHF 1'000	CHF 9'000	SR
24	2099.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 5'000	CHF 95'000	SR
26	3215.3180.005	Dienstleistungen Schwimmschule	-CHF 100	CHF 400	SR
29	3320.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 1'500	CHF 2'500	SR
31	3440.3180.001	Bauliches Kontrollorgan ZS	-CHF 5'000	CHF 35'000	SR
34	3452.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 8'000	CHF 60'800	SR
38	3579.3180.000	Parkentwicklung	-CHF 2'000	CHF 28'000	SR
58	6100.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 10'000	CHF 152'000	SR
60	6103.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 8'000	CHF 55'000	SR
73	6510.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 2'000	CHF 8'000	SR
75	6540.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 10'000	CHF 3'000	SR
14	1020.3186.001	Jungbürgerfeier	-CHF 4'000	CHF 2'000	SR
25	3210.3113.000	Anschaffung Betriebsmobiliar	-CHF 10'000	CHF 5'000	SR
26	3215.3181.000	Gutachten und Expertisen	-CHF 25'000	CHF 0	SR
28	3280.3650.001	Verein Freizeitaktion	-CHF 3'000	CHF 21'000	SR
31	3430.3113.000	Anschaffung Betriebsmobiliar	-CHF 8'000	CHF 10'000	SR
62	6108.3112.001	Anschaffung Maschinen, Geräte, Apparate	-CHF 4'000	CHF 2'000	SR
64	6117.3110.000	Ansch. Büromobiliar, -Maschinen (Vier neue Bürostühle und Ersatz von zwei alten Büroeinrichtungen)	-CHF 5'000	CHF 21'000	SR

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

68	6144.3112.000	Ansch. Haustechnische Anlagen (Erneuerung der Werkstatteinrichtung für den Anlagewart)	-CHF 13'000	CHF 20'000	SR
31	3430.3152.003	Unterhalt Fahrzeuge (s. Konto 617.5030.116, Abgasabsauganl.)	-CHF 5'000	CHF 16'500	RPK
58	6100.3142.001	Unterhalt Liegenschaften (Gemäss Anforderung des Kant. Arbeits- und Sicherheitsinspektorats müssen die Schliesszylinder im ganzen Haus nachgebessert sowie ein Auszugsgeländer für den Dachausstieg erstellt werden.)	-CHF 31'250	CHF 31'250	RPK
		Total Laufende Rechnung	-CHF195'250		

Der RPK-Präsident beantragt, die vom Stadtrat genehmigten 31 Kürzungen zu genehmigen.

Die 31 Kürzungs-Anträgen der RPK im Einverständnis mit dem Stadtrat zur Laufenden Rechnung werden ohne weitere Wortmeldung genehmigt.

Die verbleibenden zwei Reduktionsanträge werden vom Präsidenten der RPK vorgestellt.

Peter Bühler (RPK) beantragt Konto 3430.3152.003, Unterhalt Fahrzeuge, um CHF 5'000 auf CHF 16'500 zu reduzieren.

Stadtrat Valentin Perego beantragt, die thematisch zusammengehörenden Beträge in der Investitionsrechnung und der Laufenden Rechnung zusammen zu fassen. Es handelt sich um eine Absauganlage für Abgase für die Feuerwehrautos. Eine solche Anlage gehört zu einer gut ausgerüsteten Einstellhalle. Beim Sanierungsbau wurde darauf verzichtet. Es geht primär um den Gesundheitsschutz der Mitarbeiter.

87	617.5030.166	Abgasabsauganlage Feuerwehrhalle	-CHF 160'000.00	CHF 0.00	RPK
----	--------------	----------------------------------	-----------------	----------	-----

Stadtpräsident Paul Remund weist auf die freiwillige Dienstleistung der Feuerwehrleute und betont die Notwendigkeit des Gesundheitsschutzes.

Die Kürzung von Konto 3430.3152.003, Unterhalt Fahrzeuge der Laufenden Rechnung um CHF 5'000 und die Streichung von Konto 617.5030.166 der Investitionsrechnung VV wird mit 32:2 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Peter Bühler (RPK) beantragt Konto 6100.3142.001, Unterhalt Liegenschaft (Schulzentrum, Schliesszylinder), um CHF 31'250 auf CHF 31'250 zu reduzieren. Es wird ein Fehler des Generalunternehmers vermutet, der die Vorschriften hätte kennen müssen. Dieser soll die Kosten tragen.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass es sich um die Auflage einer übergeordneten Instanz handelt, die auszuführen ist. Sie kann nicht gestrichen werden. Der Generalunternehmer hatte bei seiner Offerte noch keine Kenntnis von der Auflage. Er bittet, den Betrag stehen zu lassen.

Tan Birlesik (SVP) fragt, wann die Vorschrift vom Kanton erlassen wurde.

Stadtrat Valentin Perego kann keine genauen Angaben machen.

Peter Bühler (FDP) weist darauf hin, dass beim Auszugsgeländer die Vorschrift schon länger besteht. Dem GU sollen die Zähne gezeigt werden.

Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass der Zylinderwechsel ausgeführt werden muss. Dies ist unabhängig davon, ob noch Geld gefordert werden kann oder nicht.

R. Muffler (SVP) wünscht, dass transparenter dargelegt wird, wo der Fehler gelegen hat. Dies wäre für den heutigen Entscheid hilfreich.

Die Streichung von Konto 6100.3142.001, Unterhalt Liegenschaft (Schulzentrum, Schliesszylinder), wird mit 24:4 Stimmen bei 7 Enthaltungen genehmigt.

Ratspräsident Simon Bleiker gibt das Wort in den Rat für weitere Anträge.

Leo Wehrli (SVP) beantragt, Konto 2080.3181.000 Gutachten und Expertisen um CHF 100'000 auf CHF 225'000 zu kürzen. Die SVP-Fraktion erachtet die Erhöhung um CHF 234'565 vom Jahr 2011 zum Jahr 2012 als nicht gerechtfertigt.

Stadtrat Bruno Maurer weist auf die notwendigen Planungsarbeiten wie der Richtplanerarbeitung, der Gebietsplanung Flughafenregion im Zusammenhang mit dem Kanton und vielen kleinen Planungsposten hin, die von Externen ausgeführt werden müssen.

Alex Rüegg (CVP) weist darauf hin, dass ein grosser Betrag für die Zentrumsentwicklung Glatthof eingesetzt ist. Er stellt keinen Streichungsantrag, wünscht aber, dass vermehrt Nachbarn, Grundeigentümer und einheimisches Know-how bei den Planungen berücksichtigt wird.

Stadtrat Bruno Maurer erläutert, dass die Gebietsplanung Flughafenregion erst nach dem Budgetprozess aktuell wurde. Deshalb wird weniger in die Zentrumsplanung Glatthof investiert.

Die Kürzung von Konto 2080.3181.000, Gutachten und Expertisen, wird mit 22:13 Stimmen abgelehnt.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Richard Muffler (SVP) stellt einen Kürzungsantrag zu Konto 3578, Energiestadt, um CHF 30'000 auf CHF 5'000, da diese Dienstleistungen nicht mehr gebraucht werden. Der Energiestadtvertrag soll gekündigt werden, da die Stadt Opfikon bereits weiter ist.

Stadtrat Jörg Mäder betont, dass die Energiethematik eine notwendige Querschnittsaufgabe über alle Abteilungen darstellt und Grundlagen für Projekte (z.B. Solarkataster) gelegt werden. Es ist ein schlechtes Zeichen, wenn die Ansicht vorhanden ist, dass wir bereits am Ziel sind. Er bittet den Rat, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Richard Muffler (SVP) beurteilt das Label Energiestadt als planwirtschaftliche Massnahme, die nichts bewirkt. Mit dem Punktesystem des Labels wurde nichts aktiv erfüllt, sondern vieles war einfach vorhanden. Die SVP-Fraktion ist in Bezug auf die Energiethematik sicher sehr aktiv, ist aber der Meinung, dass bessere Resultate mit weniger Label möglich sind.

Heinz Ehrensberger (SP) ist der Meinung, dass es der falsche Weg ist, einen Standard abzuschaffen, wenn dieser nicht eingehalten werden kann. Er appelliert, dass Opfikon Energiestadt bleibt.

Stadtrat Jörg Mäder bestätigt, dass beim Label verschiedene Punkte angerechnet werden (z.B. öV), auch wenn diese nicht explizit wegen dem Label erarbeitet wurden. Es geht darum, das Papier zum Leben zu erwecken und Projekte zu initiieren. Der Umweltbeauftragte organisiert einen Solarkataster, bereitet Hilfestellungen für Eigentümer beim Dschungel von Fördermassnahmen vor, entwickelt Angebote und Projekte im Energie- und Umweltbereich. Dies macht er zu 50 % in Opfikon und zu 50 % in Kloten, was gute Synergien ergibt.

Alex Rüegg (CVP) weist darauf hin, dass einige wenige sich vom Energiestadt-Label verabschiedet haben. Pfäffikon tat dies mit dem Hinweis auf einen zu grossen Aufwand bei der Realisierung von Projekten. Alex Rüegg bittet den Stadtrat, bei der Jahresrechnung klar zu zeigen, was das Label bringt, welche Unterstützung geboten wird und wie viel Administration anfällt. Es soll dann zumal Positives und Negatives aufgelistet werden, um über das Label zu diskutieren.

Richard Muffler (SVP) ist der Meinung, dass der Dschungel der Förderbeiträge nicht in allen Städten eigenständig bearbeitet werden soll. Dies ist Sache des Bundes. Es soll direkt in Projekte investiert, direkt umgesetzt werden.

Daniel Peter (FDP) weist auf Hindernisse beispielsweise für Solaranlagen hin (Blendwirkung, Abklärungen beim Flughafen notwendig), bei denen das Label Energiestadt nicht hilft, aber Eigentümer abschrecken.

Die Kürzung des Kontenbereichs 3578, Energiestadt, um CHF 30'000 auf CHF 5'000 wird mit 18:17 Stimmen genehmigt.

Richard Muffler (SVP) beantragt eine pauschale Kürzung aller Dienstleistungen Dritter, Konto 3180; um ca. 10% von CHF 6.115'430 Mio um CHF 600'000 auf CHF 5'515'430. Ziel dieser Kürzung ist es, Synergien unter den Abteilungen zu erwirken. Es soll festgelegt werden, welche Kosten zusammengelegt werden können. Er will damit die Stadtverwaltung zwingen, die Arbeit auf sich zu nehmen, alle Konten zu prüfen und Einsparung in den verschiedenen Konten vorzunehmen. Alternativ müssten alle Verträge und Ausgaben zusammengestellt und überprüft werden.

Stadtrat Valentin Perego fordert den Rat dringend auf, der Kürzung nicht stattzugeben. Es handelt sich um hunderte verschiedenster Ausgaben, vom Putzauftrag, Serviceabo bis zur juristischen Beratung, die nicht zwecklos budgetiert wurden. Die Aufträge gehen an die Privatwirtschaft, was zu Verdienstmöglichkeiten führt. Das Budget 2013 ist bereits unter dem Budget 2012. Zudem wird das Budget in diesem Bereich selten ausgeschöpft.

Peter Bühler (RPK) betont, dass das Problem erkannt ist. Es wurde auch bereits versucht, Kürzungen vorzuschlagen (Schneeräumung), was aber schwierig ist. In der ruhigeren Zeit wird die RPK dieses Thema genauer anschauen.

Richard Muffler (SVP) betont, dass das Budget nicht für den Verdienst der Privaten gesprochen wird. Er vermisst Sparanstrengungen, die bei diesen Konten durchaus machbar wären. Er ist der Meinung, dass er ansonsten selber verschiedene Sparmöglichkeiten fände.

Franziska Driessen (CVP) fordert die SVP auf, mit Blick auf die RPK, die sich des Themas annimmt, nicht auf den Kürzungen zu beharren.

Alex Rüegg (CVP) fordert den Rat auf, den Kürzungsantrag abzulehnen und hofft, dass sich keine Schatten-RPK aufbaut.

Leo Wehrli (SVP) erachtet es als wichtige Aufgabe, das Budget genau zu prüfen und weist den Vorwurf der Schatten-RPK zurück.

Die Kürzung der Konten 3180, Dienstleistungen Dritter, wird mit 23:12 Stimmen abgelehnt.

Der RPK-Präsident Peter Bühler erläutert die Mehrkosten von vier Konten.

S.	Kto-Nr.	Objekt	Mehrkosten	Betrag neu	
16	1520.3186.000	Stadtfest 2013 SR 2012-297	+CHF 60'000	CHF 150'000	SR
28	3210.3650.002	Beiträge Stadtmusik	+CHF 3'000	CHF 11'000	SR
41	4545.3140.000	Unterhalt Liegenschaften (Lift sanieren Gibeleich)	+CHF 17'000	CHF 127'800	SR
45	5014.3117.001	Schuleinrichtung Mobiliar (Umnutzung zu Klassenzimmer + Gruppenräume)	+CHF 35'000	CHF 86'800	SR
		Total Laufende Rechnung	+CHF 115'000		

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Stadtpräsident Paul Remund betont, dass es eher ungewöhnlich ist, dass wie beim Stadtfest Mehrausgaben von der RPK vorgeschlagen werden. Da das Fest als Leuchtturmprojekt der Stadtentwicklung gilt, wird ein solcher Antrag gerne entgegengenommen.

Tan Birlesik (SVP) und Roman Schmid (JBLSP) treten in den Ausstand.

Die Mehrkosten auf Konto 1520.3186.000, Stadtfest 2013, von CHF 60'000 werden mit grossem Mehr genehmigt.

Die Mehrkosten auf Konto 3210.3650.002, Beiträge Stadtmusik, von CHF 3'000 werden mit grossem Mehr genehmigt

Die Mehrkosten auf Konto 4545.3140.000, Unterhalt Liegenschaften (Liftsanierung Gibeleich), von CHF 17'000 werden mit grossem Mehr genehmigt.

Beim Antrag Schuleinrichtung Mobiliar tritt Daniel Schoch(SVP) in den Ausstand.

Richard Muffler (SVP) setzt sich dafür ein, dass das Büro von Daniel Schoch wegen der Umnutzung nicht in den Keller verlegt wird.

Die Mehrkosten auf Konto 5014.3117.001, Schuleinrichtung Mobiliar, von CHF 35'000 werden mit grossem Mehr genehmigt.

Ratspräsident Simon Bleiker gibt das Wort in den Rat für weitere Anträge.

Richard Muffler (SVP) hat einen Erhöhungsantrag für den EHC Glattbrugg gestellt, dem die gekürzten Beiträge von CHF 1'000 wieder auf CHF 10'000 erhöht werden sollen. Da der Vorstand nicht wie abgemacht im Ratssaal anwesend ist, zieht er den Antrag zurück.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Ratspräsident Simon Bleiker schreitet zur Zwischenabstimmung:

In der Zwischenabstimmung wird der Laufenden Rechnung mit 35:0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Investitionsrechnung VV

Peter Bühler, Präsident der RPK, erläutert, dass in Absprache mit dem Stadtrat folgende Streichungen im Umfang von CHF 1'067'500 beantragt werden:

S.	Kto-Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu	
		Investitionsrechnung	Ausgaben		
83	206.5060.117	Ersatz Dienstfahrzeug	-CHF 5'000	CHF 25'000	SR
83	207.5010.208	Fussgängerbrücke Glatt (SA Au)	-CHF 150'000	CHF 50'000	SR
83	209.5060.100	Möblierung Opfikerpark	-CHF 12'500	CHF 37'500	SR
87	611.5030.119	Freibad, Sanierung kleines Aussenbecke	-CHF 200'000	CHF 0	SR
87	611.5030.120	Freibad, Sanierung Sprungbecken	-CHF 300'000	CHF 0	SR
87	611.5030.121	Freibad, Sanierung Eternitleitungen	-CHF 400'000	CHF 0	SR
		Total Investitionsrechnung	-CHF 1'067'500		

Stadtrat Valentin Perego erläutert die auffälligen drei Anträge des Freibads. Man ging davon aus, dass das Freibad in der Sommersaison geöffnet bleibt und die Sanierung deshalb ausserhalb der Freibadsaison stattfindet. Aufgrund der Bauarbeiten am Hallenbad wird nun aber vor allem aus Sicherheitsgründen das Freibad während dieser Zeit geschlossen. Damit kann die Sanierung des Freibads gleichzeitig mit dem Hallenbad durchgeführt werden, wird dadurch aber zeitlich nach hinten verschoben.

Den 6 Kürzungs-Anträgen der RPK zur Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

Gemäss Besprechung mit dem Stadtrat beantragt die RPK mehrheitlich die Ergänzung folgender Mehrausgaben über CHF 175'000:

S.	Kto-Nr.	Objekt	Mehrausgaben	Betrag neu	
		Investitionsrechnung			
86	610.5030	Projektierung Schulraumprovisorien (Phase 1)	+CHF 35'000	CHF 35'000	SR
87	611.5030	Frei- und Hallenbad, Demontage Holzdecke	+CHF 140'000	CHF 140'000	SR
		Total Investitionsrechnung	+CHF 175'000		

Richard Muffler (SVP) stossen die CHF 35'000 für die Projektierung von Schulraumprovisorien sauer auf, auch wenn diese notwendig sind. Dieser Betrag soll abgelehnt werden, bis mit ordentlichen Anträgen und nicht gebunden die Schulraumprovisorien vorgelegt werden.

Stadtrat Valentin Perego betont, dass die die Schulhausprovisorien geplant werden müssen, da auf das Schuljahr 2014/15 mit Provisorien zu rechnen ist. Das weitere Vorgehen kann dabei vorerst offen bleiben.

Alex Rüegg (CVP) stellt keinen Antrag, bezweifelt aber, dass der Betrag für eine umfassende Planung reicht. Es fehlen verschiedene Planungs-Positionen.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass es sich um eine Schätzung handelt. Eine heute vorliegende Offerte liegt bei knapp CHF 40'000. Es wird eine Grundlagenprojektierung durchgeführt.

Die Mehrkosten auf Konto 610.5030, Projektierung Schulraumprovisorien (Phase 1), von CHF 35'000 werden mit 19:16 Stimmen genehmigt.

Peter Bühler (RPK) macht zur Holzdecke Frei- und Hallenbad die Anmerkung, dass die RPK das Risiko eines Unfalls nicht eingehen will.

Daniel Peter (FDP) weist darauf hin, dass eine Expertise vorliegt, die eine weitere Kontrolle in drei bis fünf Jahren vorschlägt. Eine Sanierung ist damit zurzeit nicht notwendig. Es kann auf die in absehbarer Zeit stattfindende Sanierung des Hallenbads gewartet und dann die Decke gleichzeitig und kostengünstig ohne Mehrkosten saniert werden.

Richard Muffler (SVP) ergänzt die Verfasser der Expertise: Das Ingenieurbüro Martinelli und Lanfranchi hatte den Auftrag und die EMPA Dübendorf verfasste den Untersuchungs-Bericht. Es sind zwei Halterungssysteme vorhanden, wovon eines aus Chromstahl. Eine Sanierung ist zurzeit nicht notwendig.

Stadtrat Valentin Perego bestätigt, dass man nicht sofort tätig werden muss. Er betont, dass bei Verzicht auf eine Sanierung die Holzdecke im Auge behalten wird.

Peter Bühler (FDP) schlägt vor, dass CHF 10'000 für die Überwachung stehen gelassen werden.

Stadtrat Valentin Perego schlägt vor, dass ein allfälliger Restbetrag nicht in der Investitionsrechnung, sondern in die Laufende Rechnung Konto 6142.3181.000 aufgenommen wird.

Es werden Mehrkosten auf Konto 6142.3181.000, Gutachten und Expertisen, (statt auf Konto 611.5030, Frei- und Hallenbad, Demontage Holzdecke), von CHF 10'000 (statt CHF 140'000) mit 30:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt.

Ratspräsident Simon Bleiker gibt das Wort in den Rat für weitere Anträge.

Leo Wehrli (SVP) ist der Ansicht, dass kein weiterer Radarkasten notwendig ist. Die Stadtpolizei verfügt schon über solche. Es soll mehr für Sicherheit und Ordnung, weniger für Verkehrsüberwachung eingesetzt werden.

Stadtrat Anton Steiner betont, dass eine mobile Radaranlage wichtig für die Verkehrsberuhigung und die Unfallverhütung ist und innert kürzester Zeit amortisiert werden kann. Vor allem in 30er Zonen bestehen Probleme. Das Gerät wird mit Klotten angeschafft, deren Parlament am Dienstag über die Anschaffung entscheidet.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Peter Bühler (FDP) weist darauf hin, dass der Antrag der RPK Kloten nicht einstimmig ist und in Kloten SVP, FDP und CVP die Anschaffung ablehnen.

Richard Muffler (SVP) unterstützt die Streichung und sieht in Opfikon kein Problem mit Rasern.

Stefan Fehr (GV) ist der Ansicht, dass mehr Geräte notwendig sind. Nicht die Amortisation, sondern die Sicherung von Schulwegen, Kindern und Älteren ist wichtig. Er unterstützt die Anschaffung.

Die Streichung von Konto 342.5060.100, Semistationäre Radaranlage, wird mit 21:13 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen mit 35:0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Investitionsrechnung Finanzvermögen (FV)

Die RPK beantragt bei der Investitionsrechnung im Finanzvermögen keine Änderung.

Stadtrat Valentin Perego weist nochmals darauf hin, dass der Grundstückverkauf Tertianum bereits 2012 stattgefunden hat und 2013 trotz Budgetierung nicht mehr auftauchen wird.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Finanzvermögen einstimmig mit 35:0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung Voranschlag 2013

Die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Opfikon beantragt dem Gemeinderat, den Voranschlag für das Jahr 2013 der Stadt Opfikon unter Berücksichtigung der verabschiedeten Änderungen zu genehmigen (Stimmenverhältnis 5:0).

Ratspräsident Simon Bleiker schreitet zur Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt dem Voranschlag 2013 in der Schlussabstimmung mit 35:0 Stimmen einstimmig zu.

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Steuerfuss 2012

Die RPK ist in Bezug auf den Steuerfuss gleicher Meinung wie der Stadtrat. Die RPK stellt den Antrag (4:1), den Steuerfuss zu belassen. Momentan drängt sich keine Steuerfussveränderung auf.

Ob die Perspektiven des aktuellen Finanzplans 2012-2016 Tatsache werden, wird die Zukunft zeigen. Es ist jedoch auch erlaubt mit einem optimistischeren Szenario zu rechnen, so dass der aktuelle Steuerfuss von 99% auch über die nächsten Jahre bestehen bleiben kann.

Antrag

Die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Opfikon beantragt dem Gemeinderat, für das Jahr 2013 eine Gemeindesteuer von 99% der einfachen Staatssteuer von CHF 41'818'200 zu erheben (Stimmenverhältnis 4:1).

Heinz Ehrensberger (SP) beantragt, den Steuerfuss auf 104 % festzusetzen.

Ratspräsident Simon Bleiker lässt über den Antrag von Heinz Ehrensberger abstimmen.

Der Antrag auf eine Gemeindesteuer von 104% wird mit 29:6 Stimmen abgelehnt

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission für eine Gemeindesteuer von 99 % für das Jahr 2013 wird mit 29:6 Stimmen zugestimmt.

10. Genehmigung Voranschlag 2013 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

F4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 2. Oktober 2012, den Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 16. November 2012 und der Diskussion im Rat sowie gemäss Art. 35, Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

B E S C H L I E S S T :

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 2013 wird - unter Berücksichtigung der vom Gemeinderat verabschiedeten Änderungen - genehmigt.
2. Für das Jahr 2013 wird eine Gemeindesteuer von 99% der einfachen Staatssteuer von CHF 41'818'200 erhoben.

3. Mitteilung an:

- Stadtrat zum Vollzug
- Schulpflege
- Abteilungsleitende
- Finanzabteilung (3 Originale)
- Büro Gemeinderat

Nachtrag zum Protokoll mit den definitiven Eckdaten des Voranschlags 2013:

Laufende Rechnung

CHF

Total Aufwand ohne Abschreibungen z.L. allg. Finanzhaushalt	117'722'630.00
Total Ertrag	120'420'530.00
Ertragsüberschuss ohne Abschreibungen	2'697'900.00
Ordentliche Abschreibung z.L. allg. Finanzhaushalt	5'232'500.00
Zusätzliche Abschreibungen z.L. allg. Finanzhaushalt	15'000.00
Aufwandüberschuss zu Lasten des Eigenkapitals	-2'549'600.00

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen

CHF

Total Ausgaben	9'705'500.00
Total Einnahmen	1'003'000.00
Netto-Investitionen	8'702'500.00

Investitionsrechnung Finanzvermögen

CHF

Total Ausgaben	2'221'000.00
Total Einnahmen	8'377'000.00
Nettoveränderung = Abnahme Finanzvermögen	-6'156'000.00

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Simon Bleiker macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 6. Dezember 2012

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

Willi Bleiker

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:
Simon Bleiker

.....

Der 1. Vizepräsident:
Daniel Peter

.....

Der 2. Vizepräsident:
Heidi Kläusler-Gysin

.....

PROTOKOLL DES GEMEINDERATES OPFIKON

- 311 -

SITZUNG VOM

3. Dezember 2012

G:\KAN\Gemeinderat\Gemeinderat\WBGRP-Ratssitzung19-12